

UGÖD: Keine Verlängerung des Schulsystems – für eine bundesweit einheitliche Verwaltung

Utl.: Von Landespolitik bestellte DirektorInnen sind keine Garantie für autonom-demokratische Schulen. NMS ist keine sozial-integrative, fördernde Gesamtschule. =

Wien (OTS) - Die Unabhängige GewerkschafterInnen in der GÖD nehmen zur laufenden Schuldiskussion Stellung: sie sind dabei klar und unmissverständlich für eine einheitliche Bundeskompetenz für Schulen, Schulentwicklung und für LehrerInnen, für Bildungsdirektionen als nachgeordnete Bundesbehörden, sowie für eine gemeinsame, sozial-integrative Pflichtschule und für eine demokratische verfasste Schulautonomie.

Zwt: Projekt NMS scheitert am unveränderten Nebeneinander von Hauptschule und Gymnasium

Der Evaluationsbericht bestätigt für den unabhängigen APS-Gewerkschafter Wilfried Mayr, "dass die Neue Mittelschule trotz zusätzlicher Stunden und Dienstposten keine gemeinsame Schule geworden ist, denn am Auseinanderdividieren der 10-Jährigen in alte Hauptschule (aHS) und AHS-Unterstufe hat sich nichts geändert." Der Versuch der SPÖ-Unterrichtsministerin Schmied, mit verbesserten Ressourcen und Lernbedingungen der NMS auch AHS-Standorte für die gemeinsame Schule zu gewinnen, war kein Schritt in Richtung gemeinsame Schule, sondern eine Kapitulation vor dem reformresistenten Koalitionspartner ÖVP."

Für die Unabhängigen GewerkschafterInnen war die Zustimmung der ÖVP-Landeshauptleute zur flächendeckenden Einführung der NMS an "ihren" Landes-Hauptschulen kein Gesamtschulkompromiss, sondern eine gute Möglichkeit, zusätzliche, vom Bund bezahlte LandeslehrerInnen-Dienstposten zu bekommen. Die widmungsgemäße Verwendung konnte vom Bund nur im Nachhinein kontrolliert werden. Die Bundes-ÖVP hat diesem Deal 2012 zugestimmt und mit der SPÖ die landesparteilich erwünschte NMS neuen Regel-Hauptschule gemacht.

Die von Schmied angestrebte personelle Kooperation von NMS-Hauptschulen mit AHS-Unterstufen konnte nicht funktionieren. Das Nebeneinander von neun Landesschulverwaltungen, die die

NMS-Hauptschulen und LandeslehrerInnen regieren, und dem für AHS und BundeslehrerInnen zuständigen Bund hat das ebenso verhindert wie ideologische und standespolitische Vorbehalte von AHS-LehrerInnen und Eltern.

Zwt: Österreichs Schulen brauchen eine bundesweit einheitliche Verwaltung, keine Verländerung und kein "Föderalistan"

"Das Beenden der Mehrgleisigkeiten ist eine Voraussetzung für das Gelingen notwendiger Schulreformen. Nicht nur für die gemeinsame Pflichtschule müssen die Landesschulräte und Landesschulämter durch Bildungsdirektionen ersetzt werden, die für alle Schularten und alle LehrerInnen zuständig sind, die Schulen beraten und unterstützen, und die dem Bildungsministerium nachgeordnete Behörden sind", erklärt UGÖD-Gewerkschafter Reinhart Sellner: "Den Landeshauptleuten unterstellte Landes-Bildungsdirektionen sind kein Beitrag zur Überwindung der föderalistische Zersplitterung, im Gegenteil."

Die ÖVP-Landeshauptleute Pühringer und Pröll haben am Wochenende eine Kampagne für die Verländerung aller LehrerInnen, für noch mehr Föderalismus und eine von den Landesparteien gegängelte Schulautonomie gestartet. Der am 3. März veröffentlichte NMS-Evaluationsbericht kommt da ungelegen, denn er stellt nicht nur der Bundespolitik von SPÖ und ÖVP, sondern auch den für die NMS-Hauptschulen zuständigen Landesschulverwaltungen ein schlechtes Zeugnis aus.

Zwt: Schulautonomie braucht demokratische Mitbestimmung der LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen!

Als Ausweg und zur Ablenkung vom NMS-Desaster muss einmal mehr die Schulautonomie herhalten. "Für die ÖVP und für machtbewusste Landeshauptleute soll mehr Autonomie für SchuldirektorInnen auch in Zukunft den Landespartei-Einfluss auf die Bestellung der DirektorInnen und auf `ihre` LandeslehrerInnen sichern, die Machtansprüche der Länder und das sozial benachteiligende Nebeneinander von NMS und AHS-Unterstufe werden davon nicht berührt," schließt der UGÖD-Vorsitzende, "und beim Fortschreiben des bildungsfeindlichen Budgetsparkurses sind sich beide Regierungsparteien immer noch einig."

"Die Unabhängigen GewerkschafterInnen der UGÖD halten dagegen", bringt es die Tiroler APS-Vertreterin der UGÖD auf den Punkt: Bildung

kostet. Eine neue österreichische Schule braucht

- klare bundesgesetzliche Entscheidungen über die Schulorganisation, über Bildungs-, Lehr- und Lernziele,
- ausreichende und die soziale Lage der Lernenden berücksichtigende Ressourcen für alle Schulen,
- autonome Schulen mit demokratisch gewählte Schulleitungsteams, die Bildungsziele eigenverantwortlich, gemeinsam mit LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern umsetzen."

Für Gary Fuchsbauer, ÖLI-UG-Koordinator und stellvertretender Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft, zeigt die NMS-Evaluation einmal mehr, "dass verbesserte Ressourcen und motivierte, in ihrer Arbeit unterstützte LehrerInnenteams gemeinsam mit ihren SchülerInnen das Schulklima und damit auch die Lernsituation verbessern, Angst und Aggressionsbereitschaft abbauen können."

Der Kampf für eine bessere, menschenfreundlichere Schule geht weiter.

~

Rückfragehinweis:

Reinhart Sellner, UGÖD Vorsitzender

Tel: 0676/343 75 21

Internet: www.oeli-ug.at

Reinhart Sellner, ÖLI/UG AHS: reinhart.sellner@gmx.at

Gary Fuchsbauer, ÖLI/UG BMHS: fuchsbauer@oeli-ug.at

Barbara Gessmann, Wilfried Mary, ÖLI/UG APS: barbara@gessmann.at, mayr@oeli-ug.at

Internet: www.oeli-ug.at, www.ugoed.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/3521/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0084 2015-03-06/10:44

061044 Mär 15

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150306_OTS0084